

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T 05 90 900-DW | F 05 90 900-269
E up@wko.at
W wko.at/up

Per E-Mail: recht-post@e-control.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
29.06.2023

Unser Zeichen, Sachbearbeiter
Up/0072/23/Hü/Mi
DI Claudia Hübsch

Durchwahl
3007

Datum
12.07.2023

Energieeffizienz-Standardisierte-Kurzberichte-Verordnung (EEff-SKV); Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für die Übermittlung der Begutachtungsunterlagen zur Energieeffizienz-Standardisierte-Kurzberichte-Verordnung (EEff-SKV) und nimmt dazu wie folgt Stellung.

I. Allgemeines

Gemäß EEffG § 41 Abs 1 sind von der **Pflicht zur Erstellung eines Energieaudits** oder zur Einrichtung eines anerkannten Managementsystems betroffen („verpflichtete Unternehmen“):

1. Große Unternehmen, oder
2. Unternehmen, die die Schwellenwerte gem. § 37 Z 31 im vorangegangenen Kalenderjahr überschritten haben (das sind mittlere Unternehmen mit höchstens 249 Beschäftigten und mit einem Umsatz von höchstens 50 Mio EUR oder einer Bilanzsumme von höchstens 43 Mio EUR, sofern sie nicht kleine Unternehmen sind), oder
3. Unternehmen, die innerhalb einer Unternehmenszusammenrechnung zu mehr als 50 % im Eigentum eines anderen Unternehmens stehen oder mehr als 50 % Eigentum an anderen Unternehmen halten und in allen zu mehr als 50 % verbundenen Unternehmen zusammen die Schwellenwerte gemäß § 37 Z 31 im vorangegangenen Kalenderjahr überschritten haben.

Die Einführung von Regelungen betreffend das Format, die Struktur und die Gliederung des standardisierten Berichtswesens zum Nachweis durchgeführter Energieaudits und eingeführter Managementsysteme für verpflichtete Unternehmen durch diese Verordnung sind grundsätzlich positiv. Einige Punkte sind jedoch in der Praxis in der derzeit vorgesehenen Form nicht oder nur schwer erfüllbar, weil Definitionen nicht klar sind, Abgrenzungen fehlen oder der

Anwendungsbereich nicht eindeutig ist. Bei den folgenden Punkten sind daher aus unserer Sicht dringend Änderungen geboten:

- Abwärmepotenziale: Es fehlt eine Definition von technischen Anlagen, die von der verpflichtenden Angabe des Abwärmepotenzials betroffen sind. Wir würden eine Untergrenze für kleinere Abwärmequellenanlagen begrüßen, die nicht angegeben werden müssen. Bei einer Vielzahl an Kleinanlagen ist es sowohl unverhältnismäßig als auch unwirtschaftlich, das gesamte Abwärmepotenzial zu erheben.
- Hauptenergieverbrauchende Faktoren: Es fehlt eine Definition von „hauptenergieverbrauchenden“ Faktoren. Ab welchem %-Anteil an den Energieverbrauchsbereichen zählt ein Verbrauch als Hauptenergieverbrauch (Abgrenzung zu einem nicht zu erfassenden „Nebenenergieverbrauch“)?
- Nutzungskategorien Gebäude: Bei vielen Gebäuden ist eine Aufschlüsselung auf die einzelnen Nutzungskategorien mit der vorhandenen Zählerinfrastruktur nicht möglich, da oft nur der gesamte Strom- oder Wärmeverbrauch gemessen wird. Eine Umrüstung auf Einzelverbrauchsmessung der Endgeräte wäre unverhältnismäßig und nicht kosteneffizient umsetzbar. Hierfür fordern wir eine gesonderte Regelung bzw. Ausnahmen.
- Transport - Fahrzeugklassen: Es fehlt eine Definition von Stationären Beförderungsmitteln. Fallen zB Schienenfahrzeuge in diese Kategorie?
- Angabe der Investitionskosten von Energieeffizienzmaßnahmen: Hier benötigt es eine Ausnahme für unternehmensinterne sensible Daten.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die erforderlichen Angaben lt. SKV zu einem immensen administrativen Arbeitsaufwand führen werden, insbesondere da diese Verpflichtung auch für alle Tochterunternehmen >50% gilt. Es gibt zahlreiche überbordende Bestimmungen, teilweise sind sie technisch nicht nachvollziehbar bzw. nicht zielführend. Der Detaillierungsgrad ist bei Weitem zu hoch. Zudem soll es sich beim Kurzbericht um eine konzernale Zusammenfassung handeln, welche naturgemäß Unschärfen aufweist. Des Weiteren wären ja, demgemäß, die jeweiligen Einzelberichte für Details verfügbar und sind jene ohnehin durch externe Auditoren oder Verifizierer geprüft. Die ausgesprochen umfangreichen und detaillierten Angaben stehen klar in Widerspruch zur Bezeichnung „Kurzbericht“. Viele der geforderten Daten lassen sich nicht eindeutig aufschlüsseln, sodass es zu einer Scheingenauigkeit kommen wird.

Die Vorgaben sind teilweise zu weit gefasst und lassen einen großen Interpretationsspielraum zu. Der Umfang und Inhalt der Kurzberichte wird demnach auch von den einzelnen Energieauditorinnen bzw. Energieauditoren abhängig sein. Es ist weiters nicht klar, ob diese Kurzberichte als Nachweis der Umsetzung von EEff-Maßnahmen zur Erlangung der vollen Zuteilung gem. ETS neu herangezogen werden können und als solche von der Behörde akzeptiert werden. Eine Erwähnung/Verknüpfung mit der neuen ETS-Bestimmung wäre wichtig.

Es muss lt. EEffG eine „Konzernmeldung“ (alle Unternehmen mit Anteil >50%) erfolgen. Aus der EEff-SKV bzw. den Erläuterungen geht nicht eindeutig hervor, wie die Eingaben auf Konzernebene zu erfolgen haben (aggregiert? Für jedes Unternehmen einzeln und „hochaggregiert“?). Wird es eine Unterscheidung zwischen meldepflichtigen Personen/bevollmächtigten Einbringungsverantwortlichen geben (2+ Eingabefelder)? Ist die

Eingabe der Daten/meldepflichtigen Person(en) pro Unternehmen möglich? Dies hat wesentlichen Einfluss auf den Eingabeaufwand - optimal wäre eine Wahlmöglichkeit.

II. Im Detail

Zu § 4 Energieverbrauch

Die Differenzierung nach jedem einzelnen Energieträger in § 4 Abs 1 erscheint überschießend. Dies sollte ggf. dem jeweiligen Auditbericht bei Bedarf entnommen werden. Auch § 43 Abs 2 Z 2 EEffG spricht von „für alle eingesetzten Energieträger“ und nicht „für jeden“.

Die Definition des Bruttojahresenergieverbrauchs in § 4 Abs 2 wird kritisch hinterfragt. Es scheint hier der „gesamte Energieeinsatz“ gemeint zu sein.

Zu § 5 Abwärmepotenziale

Die Unterteilung in die Temperaturniveaus ist **technisch nicht nachvollziehbar** und führt zu einem hohen Erhebungsaufwand. Ein Rückschluss von Abwärmepotenzial auf Energieeffizienzmaßnahme ist **nicht möglich/sinnvoll**. Im Online-Meeting mit dem BMK am 8.5.2023 zur EEff-SKV wurde auf die Verhältnismäßigkeit hingewiesen: demnach müssen nur „relevante“ Potenziale genauer dokumentiert werden (Verweis auf Auditregelungen im Anhang zum EEffG). Es stellt sich daher die Frage, was genau relevant ist. Dies hätte in der EEff-SKV oder den zugehörigen Erläuterungen nochmals klar definiert werden müssen.

Die Einstufung von Abwärme als „Potenzial“ in § 5 Abs 1 bleibt undefiniert. Ein Potenzial besteht nur, wenn die Abwärme einer technisch, wirtschaftlich, ökologisch und organisatorisch sinnvollen Nutzung (intern oder extern) zugeführt werden kann. Hier besteht die Gefahr, dass die Bewertung eines „Potenzials“ von den einzelnen Energieauditorinnen bzw. Energieauditoren abhängig ist. Zudem erscheint die Differenzierung nach Temperaturniveaus überschießend.

Leistung und Volllaststunden sind abstrakte Größen, die auch nichts über die Zuverlässigkeit oder zeitliche Verteilung der Verfügbarkeit aussagen (z.B. Entfall Abwärme-Potenzial während Produktionsstillstand). Auch § 43 Abs 2 Z 2 EEffG sieht keine Differenzierung nach Temperaturniveaus vor.

Zu § 6 Hauptenergieverbrauchende Faktoren und wesentliche Energieverbrauchsbereiche

Abs 1 Die „hauptenergieverbrauchenden Faktoren“ sind weder im EEffG noch im vorliegenden VO-Entwurf präzise definiert.

Abs 2 ist überbordend. Eine Zuordnung zu einer der recht stark ausdifferenzierten Nutzungskategorien in § 6 würde voraussetzen, dass die jeweiligen Daten dazu erhoben werden. Dies wäre mit erheblichen Mehrkosten und immens hohem bürokratischen Aufwand verbunden. Die Angabe des hauptenergieverbrauchenden Faktors je Energieträger lediglich auf der (abstrakteren) Ebene des wesentlichen Energieverbrauchsbereichs sollte ausreichend sein, um die Vorgaben des § 43 Abs 2 Z 3 EEffG zu erfüllen. Die Nutzungskategorien sollten daher gestrichen werden.

Abs 3 Prozesse: Die Unterteilung Prozesswärme bis/ab 200°C ist **technisch nicht nachvollziehbar und überbordend**. Die Unterteilung in Nutzungskategorien ist **überbordend**, da Bereiche wie innerbetrieblicher Transport, Elektrochemie, Lichttechnik, Mess-, Steuer, Regeltechnik derzeit tlw. nicht separat gemessen werden, da sie nicht wesentlich sind. Eine Zuteilung ist nicht oder nur mittels Schätzung möglich. Es ist jedoch nicht klar definiert, ob Schätzungen möglich sind.

Abs 4 Die Berücksichtigung des Pendelverkehrs scheint überschießend.

Die Aufteilung des Energieverbrauchs bei „Gebäude“ und „Produktionsprozess“ in jeweils 10 Nutzungskategorien und 9 Energieträger löst bei einem typischen Industriebetrieb die Befüllung von zwei Matrizen mit $2 \times 10 \times 9 = 180$ (!) differenzierten Energieverbrauchen aus.

Zusätzlich ist hier eine „Scheingranularität“ zu befürchten:

- Beispiel 1: Elektrischer Strom kann einerseits dem Energieträger „Elektrische Energie“, andererseits möglichen Eigenerzeugungsanlagen (wie PV, Wind, Wasser, etc.) in „Sonstige Erneuerbare“ zugerechnet werden.
- Beispiel 2: Gerade bei hochintegrierten Industrieanlagen werden Prozesse überwiegend Anteile an mehreren Nutzungskategorien aufweisen. Somit ist eine Aufteilung in die zehn Nutzungskategorien jedenfalls fiktiv und wenig aussagekräftig. Auch § 43 Abs 2 Z 3 EEffG sieht keine derartige Differenzierung vor.

Fazit: Neben dem immensen bürokratischen Aufwand birgt die Berichtslogik die Gefahr, dass Daten „unscharf“ abgegeben werden müssen und daher aufgrund der o.g. „Scheingenauigkeit“ durch die auswertenden Stellen falsche Schlüsse gezogen werden.

Zu § 7 Energieleistungskennzahlen

Zu § 7 Abs 1

Die Definition der beiden Verhältnisse aus Z 1 und Z 2 ist nicht klar.

Zu § 7 Abs 2

Eine Aufteilung nach ÖCPA 2015 wird kritisch hinterfragt. Zum einen widerspricht dies der ganzheitlichen, in sich geschlossenen Betrachtung und Optimierung von Prozessen, zum anderen sollte vom unionsweiten System der NACE nicht einseitig abgewichen werden. Auch § 43 Abs 2 Z 7 EEffG sieht keine derartige Aufteilung vor.

Zu § 7 Abs 3

Durch derart detaillierte Angaben der jeweiligen Energiekennzahlen nach Fahrzeugklassen wird der Aufwand in Verbindung mit den ohnehin bereits umfangreichen Dokumentations- und Meldeverpflichtungen erhöht.

Zu § 8 Relevante Energieeffizienzmaßnahmen

Die Angaben im Kurzbericht sind **überbordend**: Eine Angabe von Investitionskosten ohne Vorprojekt (insbes. im Raffineriebereich) ist unseriös bzw. führt zu falschen Erwartungshaltungen.

Es fehlt die Definition, was „relevante“ Energieeffizienzmaßnahmen sind. Dies sollte nicht im Ermessensspielraum der einzelnen Energieauditorinnen bzw. Energieauditoren sein. Mit der aktuellen Formulierung von § 8 droht die Gefahr, dass auch dann Energieeffizienzmaßnahmen benannt werden „müssen“, wenn die Energieeffizienz bereits hoch und die verbleibenden Potenziale nur mehr gering sind.

Zu § 8 Z 3

Auch hier sollte die Differenzierung nach Energieträgern vermieden werden, da diese bei hochintegrierten Anlagen eine Scheingenauigkeit abbildet.

Zu § 8 Z 5

Die Energiepreisexplosion der vergangenen Monate hat gezeigt, dass eine solche Bewertung der Energiekostenreduktion fast unmöglich ist. Hier droht die Gefahr, dass die auswertende Stelle - angesichts der vermutlich sehr heterogen zurückgemeldeten Daten - falsche Schlüsse zieht.

Zu § 8 Z 5 und § 9 Z 5

Zusätzlich zur Energieeinsparung sollte die CO₂-Reduktion (falls ermittelbar) angegeben werden. Das erscheint in Hinblick auf eine Nutzung im ETS wichtig.

Zu § 9 Umgesetzte Maßnahmen

Einsparung in EUR: Wozu dient die Angabe? Aufgrund von unterschiedlichen Energiekosten je Unternehmen sind die Angaben nicht vergleichbar, falsche Interpretationen könnten die Folge sein bzw. lässt sich daraus auf die Energiekosten des Unternehmens rückschließen - dies ist **nicht zielführend und daher abzulehnen**.

Zu § 12 Elektronische Meldung

Bisher wurden keine Formulare veröffentlicht, eine Beurteilung (Zweckmäßigkeit, Aufwand, etc.) kann somit derzeit nicht erfolgen. Die bisherige Meldeplattform hatte eine Vielzahl an Mängeln, sowie hohen Bürokratie- und Bedienungsaufwand. Eine Vereinfachung wäre wünschenswert.

Es wäre wünschenswert gewesen, wenn die genannten Formulare als Template bereits während dieser laufenden Begutachtung zur Verfügung gestanden wären. Nur so hätte der bürokratische Zusatzaufwand, der aufgrund der Bestimmungen dieser Verordnung zu antizipieren ist, konkret bewertet werden können.

III. Zusammenfassung

Der Bericht verlangt sehr umfangreiche und detaillierte Angaben, die einen hohen bürokratischen Aufwand verursachen, und ist demnach kaum als „Kurzbericht“ zu bezeichnen. Eine Straffung und Reduktion der erforderlichen Inhalte sind daher dringend erforderlich.

Diese Verordnung und der damit festgelegte „Kurzbericht“ stellen einen beträchtlichen Mehraufwand dar, den die Unternehmen nur mit enormem zusätzlichem Aufwand und Kosten „stemmen“ können. Die ohnehin schon schwierige wirtschaftliche Situation wird dadurch noch mehr belastet und schadet dem Standort.

Freundliche Grüße

Dr. Harald Mahrer
Präsident

Karlheinz Kopf
Generalsekretär

